

Gliederung

I-VI

Abkürzungsverzeichnis

VII-XI

Teil 1: Einführung und Entwicklung der Problemstellung

1-13

Teil 2: Erfassen des mit dem Schlagwort "Diversion" bezeichneten Phänomens

14-72

- Eine Begriffs(er)klärung -

A) Überblick über die Diskussionslandschaft und den Gang der Untersuchung	14
B) Die Wortwurzeln	17
C) Die amerikanischen Wurzeln - Diversion als (nur) amerikanische Antwort auf ein amerikanisches Problem? -	19
I) Die "Geburtsstunde" von Diversion	19
II) Im Blickfeld: Die Rahmenbedingungen der "Geburt"	22
1) Im Blickfeld: Das amerikanische Jugendrecht sowie Geschichte und Gegenwart der U.S. amerikanischen Jugendgerichtsbarkeit	22
2) Im Blickfeld: Die Kontrollinstanzen Polizei und Staatsanwaltschaft	27
3) Im Blickfeld: Jugendkriminalität und Abkehr von der Behandlungs-ideologie - der sogenannte "war on crime"	28
4) Im Blickfeld: Der Labeling Approach	34
5) Im Blickfeld: Decriminalization	39
6) Im Blickfeld: Deinstitutionalization - Richtung Gemeinwesen	40
7) Im Blickfeld: Deregulation	42
8) Im Blickfeld: Diversion als Schnittpunkt von "Blickfeld" 1 bis 7	43
9) Zwischenergebnisse	47
10) Die praktische Umsetzung der Kommissionsempfehlungen	48
III) Abschließende Zusammenfassung und Auswertung der bisherigen Überlegungen	53
1) Das Entstehen der Diversionsbewegung	54
2) Die Notwendigkeit der Begriffserklärung	54
3) Der Fragenkatalog und Versuche zur Beantwortung der aufgeworfenen Probleme	56
a) Ablenkung wovon?	56
b) Umleitung wohin?	57
c) Ausgrenzung wann?	57

d) Warum und mit Rücksicht auf welches Ziel vom Wege abweichen?	58
D) Eigener Lösungsansatz	61
I) Mögliche Betätigungsfelder für Diversion	61
II) Die Kernfragen	63
E) Ergebnis der bisherigen Überlegungen	70

Teil 3: Zwanzig Jahre "Diversion" - (Zwischen-) - Bilanz einer Karriere sowie ihrer Grenzen und Gefahren - Eine kritische Bestandsaufnahme	73-102
A) Im Blickfeld: Die Vereinigten Staaten von Amerika nach zwanzig Jahren Diversion	75
I) Stichwort: Jugendrecht und Jugendgerichtsbarkeit sowie der "war on crime"	75
II) Stichwort: "due process"	78
III) Stichwort: Stigmatisierung und Etikettierung - oder - labeling approach versus Generalprävention (?)	80
IV) Stichwort: Evaluation - Behandlungsverbesserungen und -erfolge (?), Erfolgs- oder Mißerfolgsmessungen von Diversionsprogrammen	84
V) Stichwort: Finanzierung	89
B) Die Internationale Karriere des Diversionsgedankens	89
I) Internationale Kongresse	90
II) Ein Blick in die "Importländer" von Diversion	94
1) Westeuropa	94
2) Osteuropa	95
3) Asien	95
III) Zusammenfassung und Bewertung der unter Punkt I) und II) herausgearbeiteten Ergebnisse	97

Teil 4: Die rechtliche Zulässigkeit einer Rezeption des nordamerikanischen Diversionsgedankens im bundesdeutschen Jugendstrafrecht	103-213
A) Ausgangsüberlegungen zum Einstieg in die Problematik	103
B) Die Frage nach dem "OB" - Kann der nordamerikanische Diversionsgedanke Eingang in unser bundesdeutsches Rechtssystem finden?	104
I) Klarstellung von Gedankengang und Prüfungsreihenfolge	104
II) Die Suche nach einer einheitlichen Definition einer "Diversion bundesdeutscher Prägung"	105
Schlagwort 1): Kriminologischer und/oder kriminalpolitischer Ansatz	107
Schlagwort 2): Diversion im weitesten, weiteren, engeren und engsten Sinne	108
Schlagwort 3): Der Adressatenkreis von Diversion	111
Schlagwort 4): Diversion als "Entkriminalisierung auf prozessualen Wege"	112
Schlagwort 5): Die konkrete Umsetzung der abstrakt-theoretischen Zielvorgaben	115
Schlagwort 6): Kombination von Verfahrens- und Rechtsfolgenebene	117
III) Kritische Zusammenfassung des bundesdeutschen Diskussionsstandes und Entwicklung eines eigenen Lösungsansatzes in Form von zwei Arbeitshypothesen	122
IV) Arbeitshypothese: Die nordamerikanische Diversionsgrundidee stellt auch das Leitmotiv für die bundesdeutsche Diskussionsebene dar	126
1) Problembereich: Jugendstrafrecht, Jugendhilferecht, Jugendstrafrechtsreform durch die Praxis	126
2) Problembereich: Wandlungen im Bereich der Sanktionspraxis, "ambulant" und "informell"	137
3) Problembereich: der "Acker" bundesdeutsche Jugendgerichtsbarkeit und das "Saatgut" des nordamerikanischen Diversionsansatzes	161
V) Arbeitshypothese: Der nordamerikanische Diversionsgedanke kann als Leitmotiv für die bundesdeutsche Jugendgerichtsbarkeit über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in unser Rechtssystem über(ge)setzt werden und findet seine einfachgesetzliche Ausprägung im jugendstrafrechtlichen Subsidiaritätsprinzip.	172
1) Die Herausforderung: Der "Ruf nach mehr Rechtsstaatlichkeit"	172
2) Das Abwehrrecht: Art. 2 I GG als Schutz vor ungesetzlichen Belastungen	175

3) Das Spannungsverhältnis: Der Rechtsstaatsgedanke und seine weitverzweigten Erscheinungsformen	180
4) Der Standort: Diversion ist als "Verhältnismäßigkeitsgrundsatz" Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips	188
5) Der Auftrag: "Mehr Rechtsstaatlichkeit" im Bereich von Gesetzgebung und Rechtsanwendung, die Chance "Diversion"	198
6) Der Maßstab: Das jugendstrafrechtliche "Subsidiaritätsprinzip" als einfachgesetzliche Ausprägung des Diversionsansatzes	204
7) Das Ergebnis: Die Diversionsgrundidee als Chance zur Einlösung des verfassungsrechtlichen Auftrages nach "mehr Rechtsstaatlichkeit"	212

Teil 5: Rechtliche Grenzen einer Rezeption des auch für die bundesdeutsche Diskussion maßgeblichen nordamerikanischen Diversionsansatzes im Jugendstrafrecht

A) Vorüberlegungen zum Einstieg in die Problematik und Herausarbeiten der zweckmäßigsten Prüfungsmodalitäten	214
B) Die "Diversionsebene" Polizei und die Konkurrenz der "privaten Anbieter"	221
I) Die praktische Relevanz des "erlebten Verfahrensbeginns"	221
II) Mögliche Betätigungsfelder für ein "divertierendes Einschreiten"	225
III) Das polizeiliche "Vor-Vorverfahren" und das gesetzliche Leitbild polizeilicher Strafverfolgungstätigkeit	229
1) Die einfachgesetzlichen Grundlagen	229
2) Die verfassungsrechtlichen Vorgaben aus "Unschuldsvermutung" und "Gewaltenteilung"	234
3) Das Legalitätsprinzip als Absicherung höherrangigen Rechts	245
IV) Die Polizei und die Konkurrenz der "privaten Anbieter"	253
1) Die neue "institutionelle Offenheit"	253
2) Das (Straf-)Verfahrensrecht als konkretisiertes Verfassungsrecht und Rechtssicherheitsgarantie	256
3) Das Bestimmtheitsgebot und seine praktische Einlösung	259
4) Verhütung willkürlicher Privatjustiz durch selbstbindende Richtlinien?	265
V) Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Jugendgerichtshilfe - ein Mittelweg	269

C) Die "Diversionssebene" Jugendgerichtshilfe	271
I) Mögliche Betätigungsfelder für ein "sofortiges diversifizierendes Einschreiten"	271
II) Das gesetzliche Leitbild der Jugendgerichtshilfe	273
III) Impulse für eine eigenständige Diversionssebene Jugendgerichtshilfe aus der Praxis	277
IV) Die zeitliche Grenze des "jungen Beschuldigten" und die Abwehrposition des "allgemeinen Persönlichkeitsrechtes"	279
1) Das Tätigwerden "aus Anlaß der Begehung einer Straftat"	279
2) Die Einbeziehung des sozialen Nahraums und der Schutz der Privatsphäre	281
V) Die Suche nach einer Rechtsgrundlage für ein "sofortiges diversifizierendes Einschreiten"	287
1) Die Jugendgerichtshilfe in ermittelnder und helfender Position	287
2) Die bereits "angeordnet(e) erzieherische Maßnahme" des § 45 II Nr. 1 JGG als Rechtsgrundlage für eine Sanktionskompetenz der Jugendgerichtshilfe?	294
a) Die Auslegung nach dem bloßen Wortlaut	294
b) Die Gesetzssystematik des § 45 JGG	296
c) Der Wille des historischen Gesetzgebers	298
3) Die Funktion der Jugendgerichtshilfe als "Hilfe für den Betroffenen" und ihr Verhältnis zum "natürlichen Elternrecht" aus Art. 6 II GG und dem Erziehungsziel des JGG	315
a) Die Entwicklung des Problembewußtseins	315
b) Die Grundrechtsrelevanz von "Leistungsangeboten der staatlichen Erziehungshilfe"	319
c) Das Verhältnis der Erziehungsanliegen des JGG zu den Erziehungsaufträgen des Grundgesetzes	323
d) Die rechtlichen Grenzen der Kompetenz zur Anregung staatlicher Leistungsangebote an die primär Erziehungsberechtigten	337
e) Ergebnis der Suche nach einer Rechtsgrundlage für ein "sofortiges diversifizierendes Einschreiten der Jugendgerichtshilfe"	340

D) Die "Diversionsebene" Jugendstaatsanwalt	341
I) "Die (negative) Einstellung - sine -"	341
1) Auf dem Prüfstand: Die große Zurückhaltung bei der Anwendung von § 45 II Nr. 2 JGG	341
2) Die Öffnung von § 45 II Nr. 2 JGG für neuere kriminologische Erkenntnisse	350
II) "Die (positive) Einstellung - cum -"	352
1) Die herrschende "(un-)beschränkt extensive" diversionsfreundliche Auslegung des § 45 II Nr. 1 JGG auf dem einfachgesetzlichen Prüfstand	352
2) Die verfassungsrechtlichen Vorgaben des "Richtermonopols" aus Art. 92 GG	359
a) Der formelle oder materielle Rechtsprechungsbegriff	360
b) Der Umfang der sogenannten "Strafgerichtsbarkeit"	362
c) Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer "Abstufung" oder "Entkriminalisierung" auf der Rechtsfolgenseite	371
Schlagwort 1: "passive Duldungspflicht" des Beschuldigten	371
Schlagwort 2: "aktives Tätigwerden" des Beschuldigten	375

Teil 6: Der nordamerikanische Diversionsgedanke und rechtliche Grenzen seiner Rezeption im bundesdeutschen Jugendstrafrecht - eine Zusammenfassung	388-402
--	---------

Stichwortverzeichnis

XII-XVIII

Literaturverzeichnis

XIX-LXXXVII